

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages. Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf. Schriftl. u. Geschäftsstelle Dresden-N. 1, Gr. Zwingerstr. 16. Ruf 14574 u. 21293. Postfach-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 36 Pf., 66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzpflanzen-Verkaufsliste der Staatshofverwaltung. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Blos in Dresden.

Nr. 43

Dresden, Sonnabend, 20. Februar

1932

## Der Reichsverband der Deutschen Industrie zu den aktuellen Wirtschaftsproblemen.

Berlin, 20. Februar. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hielt gestern unter Vorsitz von Dr. Krupp in Koblenz-Badbad Sitzungen seines Vorstandes und Hauptauschusses ab, in deren Verlauf u. a. Geheimrat Kraft über das Thema "Wirtschaftsnot und Kreditnot" referierte. Die wirtschaftspolitische Beratung, erklärte er, habe nur auf der Grundlage einer internationalen Regelung verbessert werden; allerdings müsse vorher noch in der Reparationsfrage die notwendige Klärung herbeigeführt werden. Auf die speziellen Verhältnisse in Deutschland übergehend, glaubte der Redner, an die Regierung die Mahnung richten zu müssen, daß sie sich künftig von Einflüssen in die private Rechtssphäre grundsätzlich freihalte. Zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Kräfte des Unternehmenswesens müsse vor allem das freie Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage wieder zur Geltung kommen. Geheimrat Kraft betonte erneut die Notwendigkeit freier Vereinbarungen über den Arbeitslohn. Die Erfüllung dieser Forderung bedeute keinen Angriff auf das Tarifvertragsystem, sondern nur eine Aufforderung der Erhaltung, die dem Arbeitnehmer nur den Verlust seiner Arbeitsstätte bringe. Auf dem Gebiete der Währungsreform müßten die Wirkungen der Deflation durch geeignete Maßnahmen umgekehrt werden, jedoch müsse man sich dabei vor kreditpolitischen Experimenten hüten, die die Währung bedrohen könnten. Ministerialdirektor Vosse erklärte zur deutschen Handelspolitik, daß man mit Abwehrmaßnahmen den Ländern entgegenstreite

solle, die sich durch Zollerhöhungen, Kontingentierungen, Devisenregelung usw. absperrten. Die überhandnehmende Überspannung des Protektionismus in der Welt, so schloß Ministerialdirektor Vosse, bestehe vornehmlich in dem Keim einer künftigen Besserung in sich. Abraham Groewin wandte sich gegen jede Subventionspolitik der öffentlichen Hand, auch soweit sie in Form von Steuererleichterungen aus arbeitspolitischen Gründen erfolge. Auf das Thema "Internationale im inländischen Geschäftsverkehr" übergehend, erklärte Groewin, daß alle Verhandlungen zu einer Besserung der Aussichten für eine Beilegung der Meinungsverschiedenheiten geführt hätten, wenn es auch noch zu keinem endgültigen Abschluß gekommen sei. Dr. Perle erklärte in seinem Referat über die Wertsparskassenfrage die Notwendigkeit an, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern, daß die Einlagen durch Zahlungsschwierigkeiten der Firmengeschäftskonten während dieser Monate, auf Grund einzelner Bankrottfälle überhöhter Maßnahmen zu gefährden, die sich leicht gegen die Interessen der Sparer wie die der Werte richten könnten. In der Vorstandssitzung wurden die bisherigen Mitglieder des Präsidiums für weitere drei Jahre erneut gewählt. In den Vorstand wurden folgende Herren neu aufgenommen: Geheimrat Kommerzienrat Dr. Schmitz, Vorstandsmitglied der IG-Farben-Industrie, Berlin; Dr.-Ing. v. H. Dehler, Generaldirektor der Dinter-Hofmann-Wusch-Werke AG, Weidenau und Direktor Ebbecke in Firma AG für Licht- und Kraftanlagen, Berlin.

## Der große Angriff der Japaner beginnt.

Shanghai, 20. Februar. Die japanischen Streitkräfte begannen um 7.30 Uhr Ortszeit mit den vorbereiteten Angriffsbewegungen. Das Artilleriefeuer wurde auf Tschapei um 9 Uhr früh eröffnet. Wie "Nippon Times" aus Shanghai meldet, gab das japanische Hauptquartier um 11 Uhr (Shanghaizeit: etwa 4 Uhr MEZ) bekannt, daß die auf Kiangwan vorstößenden Truppen die Gebäude des Sportclubs, die am Rande der Ortschaft liegen, genommen haben. Die japanischen Truppen sollen auf hartem Widerstand gestossen sein. Die japanischen Stoßtruppen gehen nunmehr auf der langen Front zwischen Tschapei und Hongkong in westlicher Richtung auf das zwei Meilen nördlich von Hongkong gelegene Kiangwan zum Angriff vor. Ihr Ziel ist die Besetzung der Wukung-Eisenbahnlinie, um auf diese Weise ihre Pläne zu decken. Man nimmt an, daß sie nach Besetzung der Bahnlinie zum Schloß gegen Tschapei vordringen werden. Gegenwärtig bombardieren japanische Flugzeuge die Ortschaft Kiangwan, die von Teilen der 87. und 88. Division der Armee Tschiangkai-schek verteidigt werde. Diefem Flugzeugangriff kommt insofern besondere Bedeutung zu, als die Japaner bisher immer nur die 10. chinesische Armee, nicht aber die Truppen Tschiangkai-scheks angegriffen haben. Der japanische Kriegsminister berichtete dem Kabinett, daß die Lage in Shanghai äußerst ernst zu werden drohe, da eine große Zahl chinesischer Soldaten unter Führung Tschiangkai-scheks im Begriff sei, zur 10. chinesischen Armee zu stoßen. Wie man hört, ist das Kabinett einig, alles zu versuchen, um eine Entwidlung der Lage zu verhindern, die zur Kriegserklärung zwingen könnte.

die chinesischen Truppen die Japaner zurückgetrieben hätten. Der durch Fliegerangriffe auf die Tschiangkai-schekstruppen eingeleitete japanische Angriff wurde mit heftigem Artilleriefeuer fortgesetzt, das die Chinesen, die ihre Stellungen zu halten, alsbald erweiterten. Zurzeit ist der Artilleriekampf in vollem Gange. Tschapei wird fluchtartig von der einheimischen Bevölkerung geräumt. Viele Tausende haben sich auf Tschunken geflüchtet, da alle Wege Stromaufwärts mitten durch den Kriegsdauersplag führen. Neuer Schritt der Mächte in Shanghai. Paris, 19. Februar. Der französische Gesandte in China ist heute beim japanischen Geandten vorstellig geworden, um ihm die Erklärung abzugeben, er hoffe immer noch, daß die Feindseligkeiten nicht ausbrechen würden. Die Geandten Englands, der Vereinigten Staaten und Italiens schloßen sich dem Schritt ihres französischen Kollegen an. Neuer erzählt von japanischer Seite, daß die Nationalregierung bereit sei, ihre Truppen 20 Kilometer weit von der internationalen Konzeptionszone zurückzuziehen, falls die Japaner ein Gleiches täten. Die chinesische Regierung wird die japanische Forderung nach Schließung der Ports Wukung und Poohsan kategorisch ablehnen. Die japanischen Parlamentswahlen. Tokio, 19. Februar. Heute schon durften 24 Kandidaten der Regierungspartei Seiyukai und 12 Kandidaten der Oppositionspartei Rinmeito als gewählt gelten, da sie keinen Gegenkandidaten haben. 410 Sitze bleiben in den morgen stattfindenden Parlamentswahlen, bei denen sich 674 Kandidaten bewerben, zu belegen. Man hält allgemein einen Sieg der Seiyukai mit genügend großer Majorität für sicher. "Times" melden aus Tokio: Die uninteressanteste aller Wahlkämpfe seit Einführung des Wahlrechtes geht heute zu Ende. Der Besuch der Wahlerversammlungen war sehr schwach. Die mandchurische Frage stand im Wahlkampf nicht zur Diskussion, da beide Parteien eine streng parteiliche Politik verfolgten. Das Land steht vor lebenswichtigen Fragen, aber die Parteien haben Angst, daran zu scheitern, und die Wähler sind ausweichend der Ansicht, daß die Parteien diese nicht lösen können.

## Zehnte Durchführungsverordnung zur Devisenverordnung.

Berlin, 19. Februar. Die hundert Devisenabläufe der letzten Wochen sind offenbar in erheblichem Umfang darauf zurückzuführen, daß Inländer unter Nüchternung der bisherigen Vorschriften zum Zweck der Kapitalflucht Reichsmarkbeiträge in das Ausland geschafft haben, und daß Ausländer es verstanden haben, die Beschränkungen zu umgehen, denen der Erlös ihrer im Inland getätigten Effektenverkäufe unterliegt. Die Reichsregierung hält es im Interesse mit der Reichsbank für erforderlich, diesen Nachschaffen nachdrücklich entgegenzutreten. Die heute erlassene 10. Durchführungsverordnung zur Devisenverordnung bestimmt daher, daß Reichsmarknoten, die aus dem Ausland oder dem Saargebiet an inländische Kreditinstitute eingeschickt werden, dort nur auf Sperrkonto eingezahlt werden dürfen. Ebenso kommen Einzahlungen von Ausländern, die im Inland auf Ausländerkonten geleistet werden, zunächst auf Sperrkonto. Einige weitere Vorschriften der Verordnung sind dazu bestimmt, Lücken in den Devisenbestimmungen zu schließen. So soll künftig ebenso wie schon bisher der Erlös aus Wertpapierverkäufen auch der Erlös

aus der Liquidierung anderer inländischer Vermögensanlagen von Ausländern, insbesondere aus Grundstücksverkäufen, auf ein Sperrkonto gebracht werden. Die Vorschrift, daß Inländer einer Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle zu jeder Verfügung über Reichsmarkforderungen bedürfen, die zugunsten von Ausländern oder Saarländern erfolgt, richtet sich gegen das Überhandnehmen der Abdeckung von Reichsmarktschulden an Ausländer durch Verrechnung mit Reichsmarkforderungen an Ausländer, ein Vorgang, der sich bisher der Kontrolle der Devisenbewirtschaftungsstellen entzogen hatte. Ähnlichen Zweck dient die Vorschrift, wonach die Exporteure in ihren zehnjährigen Nachweisungen auch darüber Rechenschaft zu geben haben, in welcher Form sie Zahlungen auf ihre Reichsmarktsforderungen erhalten haben. Der Kreis der anbieterpflichtigen Personen wird auf alle Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts ausgedehnt. Ferner wird festgelegt, daß auch Personen, die erst nach dem 2. Oktober 1931 dem Stichtag des letzten Devisenaufsatzes — wieder einen Wohnsitz im Inland genommen haben oder nehmen, der Anbieterspflicht unterliegen.

## Kiangwan von den Japanern genommen?

Shanghai, 20. Februar. Nach einer Mitteilung des japanischen Hauptquartiers sollen die japanischen Truppen Kiangwan an der Eisenbahn Shanghai-Wukung nach schweren Kämpfen eingenommen haben. Wie verlautet, werden die japanischen Truppen voraussichtlich in ihren augenblicklichen Stellungen erst fest zu sitzen haben, bevor sie erneut vorgehen. Die chinesischen Militärbehörden bestreiten aber diese Angaben und erklären, daß vielmehr

## Zur Reichspräsidentenwahl. Die Präsidentschaftskandidatur der Harzburger Front.

Berlin, 19. Februar. Wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger erzählt, sollte heute mittag eine Besprechung zwischen Hitler, Hugenberg und den Stahlheimführern Seidte und Duesterberg stattfinden. Obwohl man in den beteiligten Kreisen die Aussichten für das Zustandekommen einer gemeinsamen Kandidatur jetzt wieder als gänztiger betrachtet, rechnete man doch nicht mit einem schnellen Abschluß der Verhandlungen, mindestens nicht mit einer Bekanntgabe der Kandidatur der Front vor dem Abend des 23. Februar.

## Ein Aufruf des Stahlheim.

Berlin, 19. Februar. "Der Stahlheim" veröffentlicht unter der Überschrift "Mittellicher Kampf" einen Aufruf, in dem im einzelnen die Haltung des Stahlheim gegen die Kandidatur Hindenburgs noch einmal begründet wird.

## Die SAP für Thälmann.

Berlin, 19. Februar. Die Parteileitung der SAP hat beschlossen, bei der Reichspräsidentenwahl für den von der SPD aufgestellten Kandidaten Ernst Thälmann einzutreten.

## Eine Entschließung der Deutschnationalen zu den bevorstehenden Reichspräsidentenwahlen.

Berlin, 19. Februar. In der letzten Parteivorstandssitzung der Deutschnationalen Volkspartei mitgeteilt wird, eine Entschließung angenommen, die sich gegen eine Benachteiligung der Partei und des übrigen Teiles der Rechtsopposition bei der Durchführung der Reichspräsidentenwahlen in dem bevorstehenden Wahlkampf wendet. Die Deutschnationale Volkspartei fordert zu Beginn der bevorstehenden Wahlkämpfe die Aufhebung der Reichsverordnungen, die eine Einschränkung der Presse- und Redefreiheit bewirken. Die deutschnationale Reichstagsfraktion wird im Reichstage dahingehende Anträge stellen.

## Breitscheid über die Verschiebung der Reparationskonferenz auf den Juni.

Berlin, 20. Februar. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Rudolf Breitscheid beschäftigt sich im "Vorwärts" mit den Vorzügen der Verschiebung der Reparationskonferenz auf den Juni. Er betont, daß man trotz der durch die Verschiebung verlängerten internationalen Unsicherheit und Ungewißheit nicht gewisse Momente verlernen dürfe, die das neue Abkommen in einem für Deutschland nicht ganz so ungünstigen Lichte erscheinen ließen. Auf der Zusammenkunft werde die Tagesordnung sehr umfassen und die Diszussionsbasis erweitert sein. Breitscheid

## Verordnung über arbeitstote landwirtschaftliche Siedlungsanwärter.

Berlin, 19. Februar. Der "Reichsanzeiger" veröffentlicht eine vom Reichsarbeitsminister Siegel und Reichsminister Dr. Goerner unterzeichnete "Verordnung über arbeitstote landwirtschaftliche Siedlungsanwärter". Es wird bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die Siedlungsanwärter Kriegens- und Arbeitslosenunterstützung beanspruchen können. Die Unterstützung ist in der Regel nicht dem Siedlungsanwärter selbst, sondern demjenigen anzuzahlen, in dessen Obhut sich der Anwärter befindet.

## Beschlüsse des Zentralverbandes der Banken über Depot-Revision.

Berlin, 19. Februar. Der Vorstand des Zentralverbandes der Deutschen Bank- und Bankiergewerkschaft beschloß heute, daß in der Folge die Zuständigkeit von Banken und Bankfirmen zum Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerkschaftes davon abhängig sein soll, daß diese sich periodischen Depotrevisionen nach Maßgabe von Richtlinien unterwerfen, die durch den Vorstand eines vom Zentralverband und den übrigen Berufsvertretungen des Bankgewerkschaftes demnächst zu errichtenden Vereins für Depotprüfung erlassen werden sollen.